

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Jutta Widmann, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piaolo, Bernhard Pohl, Manfred Pointner, Markus Reichhart, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter** und Fraktion (FREIE WÄHLER)

GEMA Gebühren

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Staatsregierung wird aufgefordert, die GEMA aufzufordern, das bisherige Tarifsystem der elf Einzeltarife beizubehalten.
2. Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich bei der GEMA und beim Deutschen Patent- und Markenamt für wirtschaftlich verträglichere Tarifstrukturen einzusetzen, um die berechtigten Interessen der Wirtschaft, insbesondere von Musikveranstaltern bei der neuen Tarifgestaltung besser zu berücksichtigen. Die neue Tarifstruktur der GEMA darf nicht dazu führen, dass eine wirtschaftliche Betätigung für Musikveranstalter nicht oder kaum noch möglich ist.
3. Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich bei der GEMA für die Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen für Veranstaltungen einzusetzen, die einem gemeinnützigen Zweck unterliegen oder von gemeinnützigen Vereinen organisiert werden, z.B. durch die Installierung von Rabattsystemen für gemeinnützige Zwecke.
4. Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich für eine Aussetzung des neuen Tarifsystems (ab 2013) der GEMA einzusetzen, bis die Rechtmäßigkeit gerichtlich überprüft ist.

Begründung:

Die GEMA hat Anfang 2012 zwei neue Tarifstrukturen vorgelegt, mit denen das bestehende Tarifsystem der elf Tarife abgelöst werden. Aus diesen beiden neuen Tarifstrukturen ergeben sich für viele Musikveranstalter, Discotheken, Schausteller, Gastronomen etc. teilweise sehr starke wirtschaftliche Nachteile durch die zum Teil exorbitanten Preiserhöhungen. Damit sind insbesondere viele kleine und mittlere Betriebe in ihrer Existenz gefährdet. Die geplanten neuen Tarifstrukturen stellen insbesondere Vereine und kulturelle Veranstaltungen vor erhebliche Schwierigkeiten, die ohnehin mit der Finanzierung Kulturveranstaltungen zu kämpfen haben. Daher sollte sich die Staatsregierung für wirtschaftlich akzeptablere Tarife und Ausnahmen für ehrenamtliche Vereine und kulturelle Veranstaltungen einsetzen.